

# **Aufbruch statt Abriss – Gutachten zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg**

Autoren: Tino Bargel + Holger Bargel

Das Gutachten zur Schulentwicklung in Baden –Württemberg befasst sich mit dem Zustand und der Zukunft der Schullandschaft des Landes, vor allem mit den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe. Es zeichnet ein Bild der zukünftigen Entwicklung nicht nur für das dreigliedrige Schulwesen mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium, sondern ebenfalls für alternative Schulformen wie die Verbundschule (Regionalschule) oder die integrierte Sekundarschule (Gemeinschaftsschule). Der Leistungsvergleich zur Schulversorgung liefert Antworten auf die grundlegende Frage: Welcher Zuschnitt der Schulen, gegliedert oder integriert, ist am besten geeignet, ein wohnortnahes, tragfähiges und zuverlässiges Schulangebot in den Gemeinden und Regionen nachhaltig zu sichern?

## **Gründe für krisenhafte Schieflage des Schulbestandes**

Das dreigliedrige Schulsystem befindet sich in einer bedenklichen Schieflage. Zwei Entwicklungen haben zu dieser krisenhaften Situation geführt: Zum einen hat ein starker demographischer Rückgang bei den Geburten stattgefunden. Er ist seit längerem ablesbar an der sinkenden Zahl der Grundschüler. Im Jahr 2000 wurden noch 112.530 Einschulungen registriert, im Jahr 2008 sind es nach kontinuierlichem Rückgang nur 95.157 Erstklässler. In der nahen Zukunft sind noch weniger Einschulungen zu erwarten, weil die Jahrgangsbreite bei den ein- bis dreijährigen Kindern auf 92.300 gesunken ist.

Noch mehr hat der massive Wandel der Schulwahl die bedrohliche Lage bei den Hauptschulen hervorgerufen: Der Zugang in die Hauptschule fiel in den letzten acht Jahren von 34,2% auf 25,1% landesweit, an den Realschulen erhöhte er sich auf 34,0% und an den Gymnasien stieg er sogar auf 39,7%. Die Bandbreite der Kreise beim Besuch der Hauptschule ist beträchtlich: sie reicht von nur 10,4% (in Heidelberg) bis 33,0% (in Heilbronn). In sieben Kreisen übersteigt die Übergangsquote zum Gymnasium mittlerweile die 50%-Marke.

Nunmehr sind drei Viertel der Hauptschulen (867 von 1.176) bestenfalls einzügig, darunter erreichen 333 (28%) nicht einmal mehr das Kriterium zur Klassenbildung. Sie alle sind akut von Auflösung bedroht. Mit der Einführung der neuen „Werkrealschule“, die zweizügig sein soll und nur im Einzelfall einzügige Hauptschulen erlaubt, hat die Auseinandersetzung um die Schulstandorte in aller Härte in den Gemeinden begonnen und zu viel Unruhe an den Schulen und in der Elternschaft geführt.

Auf der anderen Seite sind trotz der immens gestiegenen Nachfrage kaum weitere Realschulen oder Gymnasien eingerichtet worden. In der Folge hat sich die Zahl der Ausbildungspendler

sehr erhöht, viele Schulen sind zu groß geworden (5 und mehr Züge), mit anonymer Atmosphäre und überfüllten Klassen.

Mittlerweile (2008/09) wechseln nach der Grundschule weit mehr Kinder auf ein Gymnasium über (39.437) oder in eine Realschule (36.732), viel weniger besuchen die Hauptschule (28.010). Dieser Wandel hat zu einem außerordentlichen Überangebot an Hauptschulen und einem erheblichen Defizit bei Realschulen und Gymnasien geführt.

## **Prognosen zum Schülerpotential und Schulbestand: eindeutige Richtwerte**

Zwei Richtwerte sind für das zukünftige Schülerpotential maßgeblich: das demographische Jahrgangsvolumen und die spezifische Schülerzahl der einzelnen Schulformen. Diese sind abhängig von der Akzeptanz und den erreichbaren Zugangquoten. Setzt sich der gegenwärtige Trend fort, wie anzunehmen ist, dann erreicht die Hauptschule 20%, die Realschule 35% und das Gymnasium 45% der Schülerschaft. Es ergeben sich recht eindeutige Richtwerte, auch für den langfristigen Prognosezeitraum 2015 bis 2025.

Die zu erwartende Jahrgangsstärke dürfte ab 2015 zwischen 92.000 und 90.000 Schüler/innen liegen: das allgemeine Potential für die Sekundarstufe. Als zukünftige Schülerzahl in den Eingangsklassen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit bei den Haupt-/Werkrealschulen 19.000; den Realschulen 32.000 und den Gymnasien 41.000 Schüler/innen zu erwarten. Die offizielle Landesprognose erwartet ab 2015 beim Zugang an die Hauptschulen 28.000 Schüler/innen; sie überschätzt deren Zahl erheblich.

## **Zukunft der Schulen: Mögliche Modelle**

Um die Schullandschaft zukunftsfest zu gestalten und aus der krisenhaften Situation herauszuführen, stehen grundsätzlich drei Modelle der Schulstruktur in der Sekundarstufe für die Schulentwicklung zur Verfügung.

Es handelt sich um folgende drei Schulmodelle:

- das **"gegliederte Modell" mit drei Schularten**, das an der Aufteilung nach Hauptschule, Realschule und Gymnasium festhält;
- das **"zwei-Säulen Modell"**, das die Bildungsgänge von Haupt- und Realschule in einer „**Verbundschule**“ zusammenführt (unter Wahrung der Gymnasien);
- das **"integrierte Modell"**, in dem alle Kinder eine Schule der Sekundarstufe gemeinsam besuchen: die **"Sekundarschule"**.

Zwei Fragen müssen beantwortet werden, die gleichermaßen wichtig sind: (1) **Wie viele Schulen** bleiben bestehen oder können eingerichtet werden und (2) **wie viele Gemeinden** kommen **als Schulstandort** in Frage oder sind zukünftig ohne eine Schule der Sekundarstufe?

**Dreigliedrigkeit:  
hohe Verlustbilanz und schulkulturelle Verödung in vielen Gemeinden und Vororten**

Alle Prognosen über die zukünftige Zahl der Schüler/innen an Hauptschulen gehen von einer weiteren starken Abnahme aus: bis zu minus 33% gegenüber dem Schuljahr 2008/09.

Nach der differenzierten, kreisweisen Untersuchung werden bis 2015 insgesamt 662 Hauptschulen keine Klasse (weniger als 16 Schüler/innen im Jahrgang) mehr bilden können; das sind 60% aller vorhandenen Hauptschulen. Diese vielen, sehr kleinen Hauptschulen sind in ihrem Bestand durchweg bedroht. Weitere 403 der vorhandenen Hauptschulen werden über die Einzügigkeit nicht hinauskommen (unter 31 Schüler/innen im jährlichen Zugang). Ihr Schicksal entscheidet sich daran, ob sie Kooperationspartner für die Werkrealschule finden, ob sie von der Schülerschaft aufgelöster Hauptschulen profitieren oder ob sie als „Einzelfall“ im Kultusministerium bewilligt werden.

Ein starker Konzentrationsprozess bei den Schulstandorten ist absehbar: Die überwiegende Mehrheit der Gemeinden kann zukünftig nicht einmal die Schülerschaft für eine einzügige Hauptschule aufbringen (absolut 839 Gemeinden). Sie werden als Standort für eine zweizügige Werkrealschule in aller Regel nicht in Frage kommen. Noch eindrücklicher wird das Bild, wenn die Messlatte für eine Hauptschule höher und auf zumindest 31 Schüler/innen gelegt wird, damit lokal eine zweizügige Haupt-/Werkrealschule möglich wäre. Die Zahl der Gemeinden mit solchem Schülerpotential bleibt überschaubar: bei 25% Übergang an die Hauptschule wären es 144 Gemeinden (13%) und bei 20% Übergang, der wahrscheinlichere Fall, sind es nur 111 Gemeinden (genau 10%), die ab 2015 eigenständig die Schülerschaft für eine solche Haupt-/Werkrealschule mit zwei Zügen aufbringen können.

Wird am Programm mit Haupt-/Werkrealschule im dreigliedrigen Schulwesen starr fest gehalten, dann ist in den nächsten Jahren ein massives „Hauptschulsterben“ zu erwarten. Dies wird nun auch von vom Kultusministerium lakonisch eingeräumt: „In zehn Jahren wird es allmählich keine Hauptschule mehr geben“. Und die zweizügigen Werkrealschulen werden den Konzentrationsprozess auf wenige Standorte nicht aufhalten können.

**Verbundschule:  
Sicherung von hauptschulischen und Erweiterung mit realschulischen Bildungsgängen**

Das Schülerpotential für den Zugang zur Verbundschule, an der hauptschulische und realschulische Bildungsgänge zusammen geführt sind, wird sich bei einem Zugang von 55% insgesamt auf 50.820 Schüler/innen in Baden-Württemberg belaufen. Planerisch könnten somit landesweit bei günstiger Auslegung bis zu 1.271 zweizügige Verbundschulen eingerichtet werden. Angemessener ist es, von 60 Schüler/innen auszugehen, weil eine optimale lokale oder regionale Verteilung öfters nicht möglich sein wird. Danach können, nach eher vorsichtiger Einschätzung, landesweit 847 Verbundschulen gesichert eingerichtet werden.

Dies eröffnet den Gemeinden viele Möglichkeiten, den hauptschulischen Bildungsgang zu bewahren und sich zusätzlich durch das Angebot des realschulischen Bildungsganges und Abschlusses als Schulstandort aufzuwerten. Denn bei einem Zugang von 55% können 498 bis 549 Gemeinden gesichert eine Verbundschule einrichten. Die Differenz ist abhängig von den lokalen Zuordnungsmöglichkeiten, wie sie real bestehen.

**Integrierte Sekundarschule:  
Hohe und flexible Schulversorgung, auch in kleineren Gemeinden**

Die integrierte Sekundarschule hat ein hohes Schülerpotential in der Gemeinde. Dies ist ein wichtiger, oft unterschätzter Vorteil dieser Schulform bei demographisch zurückgehenden Schülerzahlen.

Schulstrategisch naheliegend und günstig ist ein Mix aus zweizügigen sowie drei- und mehrzügigen Sekundarschulen, je nach Ausgangslage in den Kommunen und gemäß den Interessen in der Elternschaft. Bei einer solchen Strategie der Schulentwicklung berechnet sich im Land ein planerischer Bedarf von 1.386 Schulen (mit gesichert 60 Schüler/innen in der Eingangsklasse). Wird verlangt, alle Sekundarschulen zumindest dreizügig zu führen, dann ergibt sich der planerische Bedarf von 1.039 solcher Schulen landesweit (mit gesichert 80 Schüler/innen in der Eingangsklasse).

Aufschlussreich ist die Auskunft, dass grundsätzlich insgesamt 620 Gemeinden eigenständig als Standort einer gesicherten Sekundarschule mit zwei oder drei (auch mehr) Zügen in Frage kommen, wenn der Übergang im Schnitt 90% beträgt, was durchaus erwartet werden kann. Werden alle Standorte von Sekundarschulen zusammengezählt, die entweder kommunal eigenständig möglich sind, 602 Gemeinden, oder die nach Zusammenlegung erreichbar sind, zusätzlich 92 bis zu 139 Gemeinden, dann eröffnet die Sekundarschule die große Möglichkeit, dass 712 bis sogar 759 Gemeinden Schulstandort mit einem breit gefächerten Angebot in der Sekundarstufe sind.

### **Vergleich der Leistungsfähigkeit für die Schulversorgung**

Das Schulangebot sollte wohnortnah, tragfähig, stabil und gerecht ausgelegt sein. Darin sind die entscheidenden Kriterien für die Versorgungsleistung zu sehen. Die Kriterien und Maßstäbe, an denen sich die Leistungsfähigkeit für die Schulversorgung erweisen muss, sind äquivalent anzuwenden: die Bestimmung des Zugangs, die erwartbare Schülerzahl, die Festlegung der Zügigkeit und die Modalitäten von Bestand, Auflösung und Zusammenlegung.

#### **Erster Vergleich:**

##### **Gemeinden als Schulstandort**

Um die wohnortnahe Versorgungsleistung zu bestimmen, wird jeweils geklärt, in wie vielen Gemeinden gesichert ein hauptschulischer, ein real-schulischer und ein gymnasialer Bildungsgang vorhanden sein wird. Je mehr Gemeinden gesichert diese Bildungsgänge und Abschlüsse zukünftig vorhalten können, desto günstiger ist die Versorgungsleistung und desto besser sind die regionalen Bildungschancen verteilt.

Bei **Dreigliedrigkeit des Schulangebotes wird knapp ein Drittel der Gemeinden** Schulstandort sein (32,3%), wobei dies meist durch die Realschulen erreicht wird. Höchstens ein Viertel der Gemeinden (24,5%) wird Standort eines Gymnasiums sein können, selbst bei zusätzlichem Ausbau. Eine Haupt-/Werkrealschule wäre bei strikt verlangter Zweizügigkeit in noch weniger Gemeinden zu finden (17,2%); bei günstiger Zuteilung der Schüler/innen und einzelnen einzügigen Hauptschulen (ca. 62) könnte dieser Anteil auf bis zu 26,6% ansteigen.

Mit der **Verbundschule wäre die Hälfte der Gemeinden** Schulstandort (49,5%), allerdings begrenzt sich der gymnasiale Bildungsgang wie bislang auf ein Fünftel der Gemeinden (20,4%), wenn kein Ausbau erfolgt.

Bei Einrichtung von **integrierten Sekundarschulen** können **gut zwei Drittel der Gemeinden**

Schulstandort sein (68,4%), wobei sie dann alle Bildungsgänge und Abschlüsse anbieten. Bemerkenswert ist, dass 218 Städte allein gesichert eine Sekundarschule mit drei und mehr Zügen einrichten könnten.

#### **Zweiter Vergleich:**

##### **Sicherung, Erweiterung und Aufstockung**

Von hoher Relevanz für die Einrichtung einer Verbundschule oder Sekundarschule ist die Abwägung, ob durch diese Schulformen in den Gemeinden das Angebot an hauptschulischen Bildungsgängen gesichert oder durch realschulische und gymnasiale Bildungsgänge erweitert bzw. aufgestockt werden kann (vgl. Abbildung).

##### **Sicherung des hauptschulischen Bildungsganges:**

Bei vergleichbaren Maßstäben fällt die Versorgungsleistung der Hauptschule im dreigliedrigen Schulsystem gegenüber den beiden Alternativen erheblich ab. Ein hauptschulischer Bildungsgang könnte in bis zu 568 Gemeinden zusätzlich gesichert werden, wenn er im Rahmen einer Verbund- oder Sekundarschule statt in einer eigenen Schulform angeboten wird. Damit ist ein hohes Maß an wohnortnaher Wahrung dieses Bildungsganges angezeigt.

##### **Erweiterung durch realschulischen Bildungsgang und mittleren Abschluss:**

Trotz der günstigeren Situation bei den Realschulen als eigene Schulform im dreigliedrigen System, können auch ihnen gegenüber die Verbundschule wie die Sekundarschule eine weit bessere Versorgungsleistung aufweisen: Denn es sind bei der Verbundschule genau 150 Gemeinden mehr, bei der Sekundarschule sogar bis zu 400 Gemeinden mehr, die einen realschulischen Bildungsgang und Abschluss anbieten könnten. Verbund- wie Sekundarschule ermöglichen eine starke Erweiterung im Schulangebot vieler Gemeinden gerade durch die Bildungsgänge zu einem mittleren Abschluss.

##### **Aufstockung mit dem gymnasialen Bildungsgang und Abschluss:**

Es ist kaum zu erwarten, dass bei dreigliedriger Schulstruktur mehr als 271 Gemeinden als Gymnasialstandort in Frage kommen, sogar bei kräftigem Ausbau in 45 weiteren Gemeinden. Zu sehr bleibt das Gymnasium auf die größeren Orte begrenzt. Bei dem flexiblen Mix von zwei und dreizügigen Sekundarschulen könnten zukünftig 533 Gemeinden mehr eine Schule der Sekundarstufe mit allen Bildungsgängen führen. Wird zumindest Dreizügigkeit verlangt, um eine eigene Oberstufe zu ermöglichen, könnten insgesamt noch 374 Gemeinden in ihrer Sekundarschule einen gymnasialen Bildungsweg bis zur Hochschulreife anbieten. Dies wäre eine erhebliche Aufstockung des Bildungsangebotes in zusätzlich 103 Gemeinden.

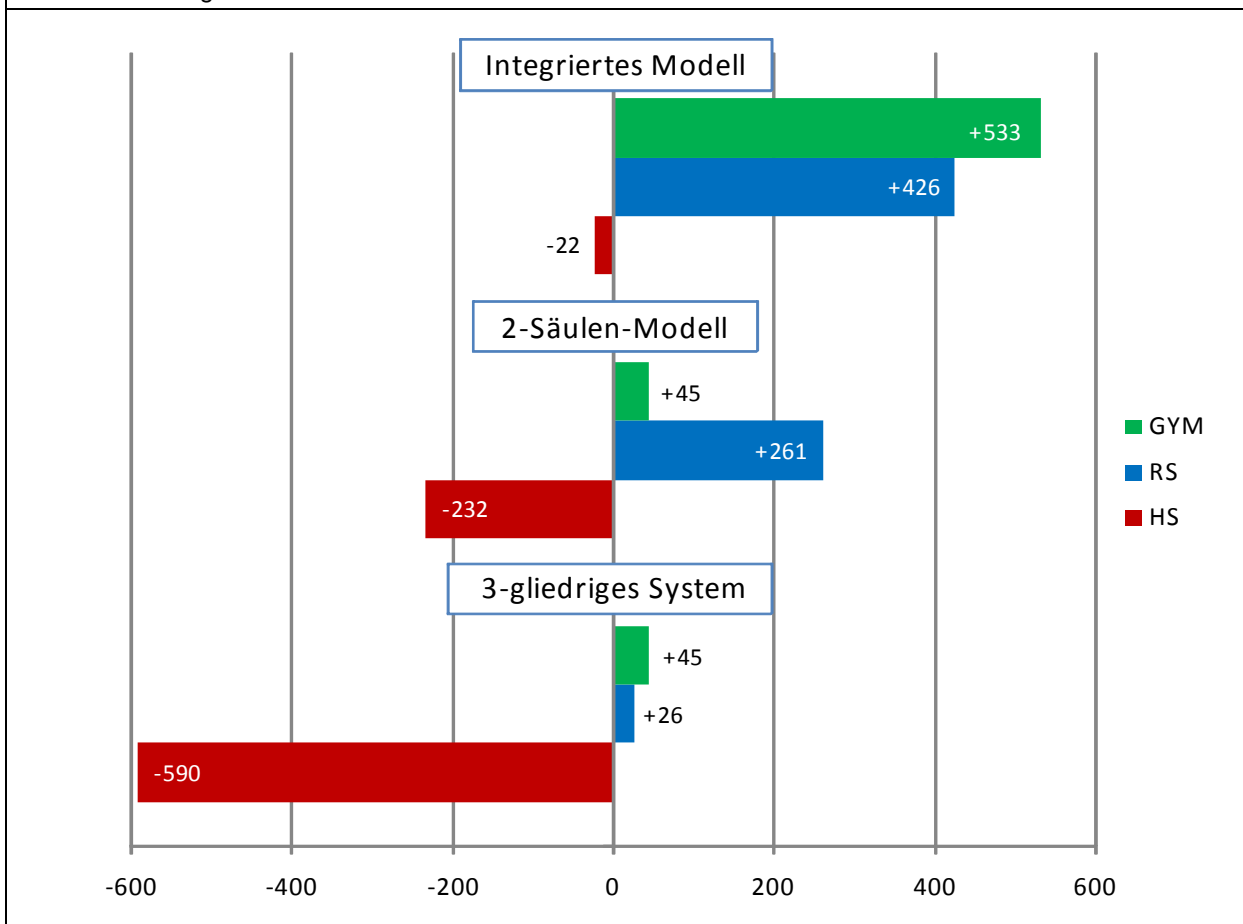
**Ergebnis des Leistungsvergleiches:  
klarer Vorsprung für Sekundarschule**

Der Leistungsvergleich ergibt einen klaren Vorsprung für die mögliche Versorgungsleistung in den Kommunen durch die Verbundschule, noch mehr durch die integrierte Sekundarschule. Die **Fortschreibung des gegliederten Modells** ist für die Schulversorgung und Chancengerechtigkeit mit Abstand am ungünstigsten: Hauptschulen verschwinden, Realschulen und Gymnasien können nicht hinreichend eingerichtet werden. Die **Verbundschule** ermöglicht vor allem die Sicherung der hauptschulischen und die Erweiterung um realschulische Bildungsgänge in vielen Orten, vor allem in mittleren und kleineren Gemeinden. Allerdings unterbleibt zu häufig die notwendige Erweiterung um gymnasiale Bildungsgänge. Die **Sekundarschule** (als 2- und 3- oder mehrzügige) würde

für die meisten Gemeinden das volle Bildungsangebot der Sekundarstufe eröffnen und zugleich die weitaus wenigsten Gemeinden ohne Sekundarschule lassen: ein entscheidender Gewinn an Wohnortnähe und Chancenförderung.

Der strategische Mix in der Schulentwicklung mit der Einrichtung von zwei- und dreizügigen Sekundarschulen vermag eine deutlich bessere Schulversorgung mit weniger Schulen zu erreichen. Diese Schulform ist nicht nur tragfähiger, stabiler und wohnortnäher auszulegen, sondern auch effizienter und anspruchsvoller gestaltbar, z. B. mit Ganztagsangeboten, bei Kooperationen mit lokalen Partnern, bei der Integration behinderter Schüler/innen und hinsichtlich allgemeiner Qualitätsstandards.

Abbildung:  
Verlust- und Gewinnrechnung für Gemeinden als Schulstandort bei unterschiedlichen Modellen der Schulstruktur für gymnasiale (GYM), realschulische (RS) und hauptschulische (HS) Bildungsgänge und Abschlüsse im Vergleich zum Bestand 2008/09



Quelle: Eigene Berechnungen und Daten des Statistischen Landesamtes.

Konstanz - Stuttgart 12. Januar 2010